



Stärkung der beruflichen Bildung in der digitalen Transformation

Erwartungen der IHK-Organisation in Baden-
Württemberg an die Landesregierung in der
Legislaturperiode 2021-2026

Impressum

Herausgeber und Copyright

Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag e.V. (BWIHK)

Jägerstraße 40 | 70174 Stuttgart | www.bw.ihk.de

© Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Autoren

BWIHK Federführung Ausbildung | Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart

Andrea Bosch und Thomas Weise

BWIHK Federführung Weiterbildung | Industrie- und Handelskammer Reutlingen

Petra Brenner

Unter Mitwirkung aller Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg

Bildnachweise

Titelbild © getty images

Editorial S. 1 © IHK Region Stuttgart

Position 1 S. 3 © metamorworks – adobe stock

Position 2 S. 4 © getty images – Panama7

Position 3 S. 5 © pict rider – adobe stock

Position 4 S. 6 © goodluz – adobe stock

Position 5 S. 7 © momius – adobe stock

Position 6 S. 8 © Marco2811 – adobe stock

Position 7 S. 9 © kleberpicui – adobe stock

Position 8 S. 10 © contrastwerkstatt – adobe stock

Position 9 S. 11 © Alexander Limbach – adobe stock

Position 10 S. 12 © vegefox.com – adobe stock

Stand

Oktober 2021

Stärkung der beruflichen Bildung in der digitalen Transformation



Verehrte Leserinnen und Leser, liebe Mitstreiter,

sinkende Schulabgängerzahlen in Kombination mit einem noch stärkeren Rückgang der Bewerbungen, der Trend zum Studium, fortschreitende Digitalisierung und Corona-Effekte – die Zahl der Jugendlichen in Ausbildung geht seit Jahren zurück. Zudem erfordern Digitalisierung und Transformation neue Qualifikationen in der Arbeitswelt.

Um ihre Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft mit top-qualifizierten Fachkräften sichern zu können, brauchen die Unternehmen in Baden-Württemberg eine starke Berufliche Bildung. Als unverzichtbarer Standortfaktor sichert berufliche Aus- und Weiterbildung qualifizierte Nachwuchskräfte mit fundierten Fachkenntnissen und beruflicher Erfahrung wie auch der Fachkräftemonitor der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg belegt. Bildung als Basis für nachhaltige Entwicklung ist für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung. Berufliche Bildung ist darüber hinaus ein wirkungsvolles Instrument zur Integration in

Arbeit und Beschäftigung und letztlich gesellschaftlicher Teilhabe.

Nur mit einer ganzheitlichen und nachhaltigen Bildungspolitik kann es auch in den kommenden Jahren gelingen, dass junge Menschen ihre beruflichen Chancen wahrnehmen und Unternehmen weiter ihre Fachkräfte selbst qualifizieren können.

Die IHK-Organisation in Baden-Württemberg erwartet von der neuen Landesregierung, dass sie ihre Versprechen

- die berufliche Bildung auf die Transformationsbedarfe auszurichten und die Fachkräftesicherung noch stärker mit der Innovationspolitik zu verknüpfen
- die duale Ausbildung attraktiver und mit Blick auf die Digitalisierung für die Zukunft fit zu machen und
- die Gleichrangigkeit von beruflicher und akademischer Bildung hervorzuheben

in den kommenden Jahren einhält und aktiv umsetzt.

Ihre Erwartungen an die Landesregierung zur Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung hat die IHK-Organisation in Baden-Württemberg in 10 Punkten konkretisiert und – nach einer kompakten Übersicht unserer Kernforderungen – auf je einer Seite dargestellt.

Ihre

A handwritten signature in blue ink, reading 'Marjoke Breuning'.

Marjoke Breuning

BWIK-Vizepräsidentin
Präsidentin IHK Region Stuttgart

Unsere Top-Ten Forderungen kompakt dargestellt

	1. Image der Beruflichen Bildung stärken	Für eine Karriere mit Lehre muss von der Landesregierung aktiv geworben werden. Denkbar wäre ein umfassendes nachhaltiges Aktionsprogramm zur beruflichen Aus- und Weiterbildung und deren Karrierewege.
	2. Berufsorientierung verbessern	Die Berufsorientierung muss von der Landesregierung dringend stärker in den Fokus gerückt und als Kernaufgabe aller Schulen begriffen und gefördert werden.
	3. Kein Schulabgänger ohne Abschluss und Anschluss	Die Landesregierung ist aufgefordert, den direkten Übergang zu fördern und darauf hinzuwirken, dass Ausbildungsbetriebe ihre Stellen mit gut vorbereiteten Bewerberinnen und Bewerbern besetzen können.
	4. Schule 2030 aktiv gestalten	Die Qualitätsentwicklung an den Schulen in Baden-Württemberg darf nicht an einer angespannten Haushaltssituation scheitern. Das Qualitätskonzept muss nun konsequent umgesetzt werden. Bestehende Konzepte müssen auf den Prüfstand gestellt und ggf. an neuen Bedarfen ausgerichtet werden.
	5. Technisch moderne, flächendeckende Berufliche Bildung verbessern	Die Landesregierung sollte den Impuls für einen Pakt für Berufsschulen aufgreifen, wie er von der Enquete-Kommission Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt auf Bundesebene vorgeschlagen wurde.
	6. Betriebliche Ausbildung hat Vorrang	Die Landesregierung muss der betrieblichen Ausbildung Vorrang einräumen, anstatt neue, zusätzliche Bürokratie und finanzielle Belastungen für die Betriebe zu schaffen. Bei Bedarf können die bestehenden Instrumente im Übergangssystem genutzt und weiterentwickelt werden.
	7. Überbetriebliche Bildungsstätten sichern	Die Landesregierung sollte bestehende Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene wie z. B. zur digitalen Ausstattung sinnvoll ergänzen und verstetigen. Dabei muss auch die Qualifizierung des Lehrpersonals in den ÜBAs verstärkt in den Blick genommen werden. Mit einer stärkeren öffentlichen Unterstützung dieser Einrichtungen kann auch die Finanzierungsasymmetrie zwischen akademischer und beruflicher Bildung zumindest etwas ausgeglichen werden.
	8. Durchlässigkeit im Bildungssystem stärker bewerben	Die Landesregierung sollte die Durchlässigkeit im Bildungssystem stärker bewerben und Informationsdefizite abbauen. Dabei müssen besonders die Stärken einer „Karriere mit Lehre“ und die möglichen beruflichen Weiterbildungen mit ihren attraktiven Verdienstmöglichkeiten bereits in der Phase der Berufsorientierung weitaus stärker als bisher aufgezeigt werden. Hierzu kann als Grundlage auch die BWIHK Studie zur Bildungsrendite herangezogen werden.
	9. Aufstiegsbonus für alle Berufe	Die Landesregierung muss die im Koalitionsvertrag angekündigte Prüfung, die Meisterprämie für das Handwerk zu einem Aufstiegsbonus für alle Abschlüsse weiterzuentwickeln, zügig zu einem positiven Ergebnis bringen.
	10. Transparenz im Weiterbildungsmarkt	Die Landesregierung sollte dafür Sorge tragen, dass die in diesem Rahmen geplante Koordinierungsstelle zügig ihre Arbeit aufnimmt und sich perspektivisch zu einer zentralen Sammelstelle für alle Weiterbildungsaktivitäten im Land entwickelt.

1. Image der beruflichen Bildung stärken, Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung herstellen und lebenslanges Lernen medial unterstützen

Die Landesregierung muss sich zur Stärkung der dualen Ausbildung bekennen und entsprechend handeln. Es gilt, jetzt die berufliche Bildung als echte Alternative zu Abitur und Studium in der Gesellschaft zu verankern. Sie muss in allen Schulen und durch die Politik so vermittelt werden, dass sämtliche Karrierechancen der beruflichen Aus- und Weiterbildung allgemein bekannt und deutlich sichtbar sind.

Informationskampagnen und Beratungsangebote des Landes dürfen sich nicht nur auf die Ausbildung fokussieren, sondern müssen ganz im Sinne eines lebenslangen Lernens die berufliche Weiterbildung miteinbeziehen. Junge Menschen, die sich für eine Ausbildung entscheiden, benötigen bereits zu diesem Zeitpunkt höchstmögliche Transparenz über Entwicklungsmöglichkeiten in der höherqualifizierenden Berufsbildung – und nicht nur Informationen zum Umstieg auf die akademische Laufbahn nach der Ausbildung.

Der Öffentlichkeit muss seitens der Landesregierung stärker vermittelt werden, dass die berufliche Bildung gleichwertig mit der akademischen ist. Die BWIHK-Studie zur Bildungsrendite hat außerdem gezeigt: Der kumulierte Verdienst einer Person mit beruflicher Aus- und Weiterbildung liegt am Ende des Erwerbslebens fast gleichauf mit dem von Personen mit Hochschulabschluss.

Auch viele Eltern, die die Berufswahl ihrer Kinder maßgeblich beeinflussen, kennen die vielfältigen Möglichkeiten und Aufstiegschancen der beruflichen Bildung nicht. Informationsangebote zur dualen Bildung müssen deshalb diese Zielgruppe deutlicher adressieren und konsequent einbinden. Gemeinsam mit Schulen und Elternverbänden gilt es, Kommunikationskanäle zu schaffen, die eine gezielte Ansprache von Müttern und Vätern ermöglichen und die Erreichbarkeit sichern.

Für eine Karriere mit Lehre muss von der Landesregierung aktiv geworben werden. Denkbar wäre ein umfassendes nachhaltiges Aktionsprogramm zur beruflichen Aus- und Weiterbildung und deren Karrierewege.

Forderungen

- *Image der beruflichen Bildung stärken*
- *Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung herstellen*
- *Lebenslanges Lernen medial unterstützen*



2. Berufsorientierung gestalten und ausbauen

Zentral für eine gelingende Berufsorientierung ist es, den Schülerinnen und Schülern Praxiserfahrungen zu ermöglichen. Dies ist nur mit enger Einbindung der Wirtschaft möglich.

Um Fehlentscheidungen zu verhindern, muss die Berufsorientierung so gestaltet sein, dass sie alle Bildungswege in ein erfolgreiches Berufsleben umfassend und gleichberechtigt aufzeigt. Die Perspektiven der höherqualifizierenden Berufsbildung sollen schon in der Berufsorientierung aufgezeigt werden.

Für eine qualifizierte Berufsorientierung sind qualifizierte Lehrkräfte notwendig. Lehrkräfte müssen stärker für Inhalte und Möglichkeiten der dualen Ausbildung sensibilisiert und über geeignete, verbindliche Fortbildungen regelmäßig qualifiziert werden. Hierbei ist die Wirtschaft einzubeziehen. Betriebspraktika für Lehrkräfte aller Schularten müssen zu Pflichtveranstaltungen werden.

Die Pandemie zeigt, dass die Digitalisierung auch in der Berufsorientierung eine immer größere Rolle spielt. Neue Plattformen, Tools und Angebote bieten zusätzliche Möglichkeiten zu bewährten Formaten wie Bildungsmessen. Digitale Angebote müssen zügig ausgebaut und als sinnvolle Ergänzungen praxisorientierter Berufsorientierung in den Schulalltag integriert werden.

Schulen müssen noch deutlicher beim Aufbau außerschulischer Netzwerke mitwirken und zur Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren animiert werden. Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, damit Angebote außerschulischer Partner, beispielsweise zur digitalen Berufsorientierung, in den Schulen aktiv genutzt werden. Es darf nicht nur von der Entscheidung einzelner Lehrkräfte abhängen, ob digitale Berufsmessen, online-Veranstaltungen mit Ausbildungsbotschaftern oder Azubi-Speed-Datings im Unterricht aktiv aufgegriffen werden oder nicht.

Die Berufsorientierung muss von der Landesregierung dringend stärker in den Fokus gerückt und als Kernaufgabe aller Schulen begriffen und gefördert werden.

Forderungen

- *Berufsorientierung muss zur Kernaufgabe aller Schulen werden, alle Bildungswege aufzeigen und mit digitalen Formaten ausgebaut werden*
- *Qualifikation der Lehrkräfte stärken*



3. Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss reduzieren, direkten Übergang und Integration fördern

Jeder Schüler, der eine allgemeinbildende Schule in Baden-Württemberg verlässt, muss die Mindestanforderungen für eine Ausbildung erfüllen und konkret wissen, welche berufliche Richtung seinen Neigungen und Fähigkeiten entspricht. Neben den sozialen Kompetenzen müssen die Kernkompetenzen Rechnen, Lesen und Schreiben sowie die digitalen und ökonomischen Kompetenzen gestärkt werden.

In den Schulen muss dazu der Weg in den Beruf geebnet und der Übergang aktiv begleitet werden. Die Lehrer müssen hier in die Verantwortung genommen werden, damit den Abschlüssen auch berufliche Anschlüsse folgen.

Aufgrund des Fachkräftemangels können es sich die Wirtschaft und Gesellschaft nicht leisten, dass Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss und ohne Anschluss verlassen. Die Losung: „Niemand darf verloren gehen!“ muss insbesondere am Übergang von der allgemeinbildenden Schule in den Beruf ernst genommen werden.

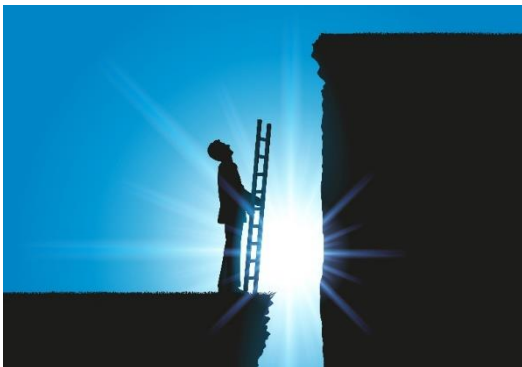
Der Zugang zu Bildung und Chancen zur echten Integration sollte allen Bevölkerungsschichten offen stehen. Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund müssen gleiche Bildungschancen ermöglicht werden.

Rund 25.000 IHK-Betriebe in Baden-Württemberg bieten hochwertige Ausbildungsplätze an, die junge Menschen in ihrer persönlichen und beruflichen Entwicklung individuell fördern und begleiten. Viel zu viele dieser betrieblichen Ausbildungsstellen bleiben unbesetzt mit erheblichen Konsequenzen für das zukünftige Fachkräfteangebot.

Die Landesregierung ist aufgefordert, den direkten Übergang zu fördern und darauf hinzuwirken, dass Ausbildungsbetriebe ihre Stellen mit gut vorbereiteten Bewerberinnen und Bewerbern besetzen können.

Forderungen

- *Übergang Schule – Beruf aktiv begleiten und fördern*
- *Gleiche Bildungschancen für alle*



4. Schule 2030 aktiv gestalten

Der DigitalPakt des Bundes stellt den Schulen und Schulträgern finanzielle Mittel für die Digitalisierung zur Verfügung. Diese Mittel müssen nun schnell in die Fläche gebracht werden. Auch der Aufbau einer einheitlichen Digitalplattform muss nunmehr forciert und endlich zum Abschluss gebracht werden.

Über die technische Digitalausstattung hinaus müssen auch inhaltliche Qualitätsstandards in allen Schularten eingeführt werden.

Um den Übergang von der Schule ins Berufsleben zu verbessern, muss die Qualifikation der Lehrkräfte stetig an die immer komplexer und abstrakter werdenden Anforderungen angepasst werden – vor allem in Bezug auf digitale Veränderungen.

Hier sind entsprechende Regelungen und Anreize zur kontinuierlichen Fortbildung denkbar, beispielsweise in Form von Weiterbildungspunkten, die regelmäßig erbracht werden müssen. Die Fortbildungsangebote sollten Lehrerinnen und Lehrer vor allem Zugang zur betrieblichen Praxis sichern.

Die Qualitätsentwicklung an den Schulen in Baden-Württemberg darf nicht an einer angespannten Haushaltssituation scheitern. Das Qualitätskonzept muss nun konsequent umgesetzt werden. Bestehende Konzepte müssen auf den Prüfstand gestellt und ggf. an neue Bedarfe ausgerichtet werden.

Forderungen

- *Einheitliche Digitalplattform*
- *Technische Digitalausstattung ausbauen und inhaltliche Qualitätsstandards in allen Schularten einführen*



5. Technisch moderne und flächendeckende berufliche Bildung in den Berufsschulen forcieren

Die Landesregierung muss sicherstellen, dass die Berufsschulen personell und sachlich so ausgestattet sind, dass sie die duale Ausbildung in den Betrieben jederzeit professionell unterstützen und bedarfsgerecht ergänzen können. Dem chronischen Lehrermangel muss abgeholfen werden und ortsnahe Berufsschulangebote müssen erhalten bleiben. Baden-Württemberg muss deshalb stärkere Akzente bei der Lehrergewinnung für Berufsschulen setzen. Hierzu zählen auch attraktive Programme für Seiteneinsteiger aus der Wirtschaft.

Alle Schulen sollen flächendeckend und ihrem Bedarf entsprechend zeitgemäß auf technisch aktuellem Stand ausgestattet und eine administrative Betreuung an der Schule bereitgestellt werden. Insbesondere gilt es, Lernplattformen und digitale Medien unmittelbar und verstärkt in den Schulalltag zu integrieren. Digitalisierung sollte auch vor dem Prüfungswesen nicht halt machen. Erfahrungswerte aus der Corona-Zeit sollten bei der Umsetzung genutzt werden.

Die Lernfabriken 4.0 an Berufsschulen in Baden-Württemberg sollten zu einer gemeinsamen Austauschplattform für Schule und Betrieb weiterentwickelt werden, damit die Partner neue Formen der Lernortkooperation umsetzen können.

Partnerschaftlicher, qualitätsorientierter Austausch zwischen Lehrkräften an Berufsschulen und Ausbildern in Unternehmen unterstützt die Verzahnung von Theorie und Praxis und hilft, die Herausforderungen „Berufliche Bildung 4.0“ flexibel, ziel- und bedarfsorientiert zu gestalten.

Die Landesregierung sollte den Impuls für einen Pakt für Berufsschulen aufgreifen, wie er von der Enquete-Kommission Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt auf Bundesebene vorgeschlagen wurde.

Forderungen

- *Personelle und sachliche Ausstattung der Berufsschulen ausbauen*
- *Pakt für Berufsschulen umsetzen*



6. Betriebliche Ausbildung hat Vorrang

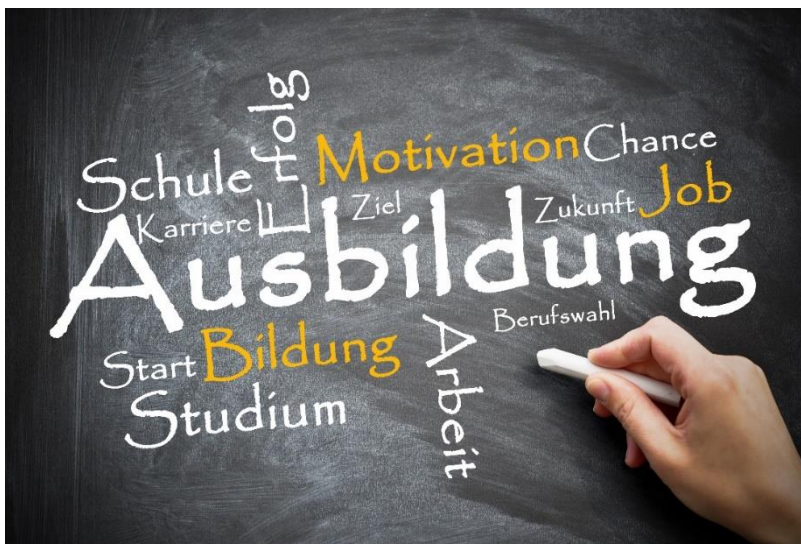
Die durch die Corona-Krise aktuell noch schwierige Situation in manchen Betrieben und die Verunsicherung vieler Jugendlicher darf nicht durch die Forderung nach einer staatlichen oder durch Umlage finanzierten Ausbildungsgarantie instrumentalisiert werden. Sehr bald werden die Betriebe wieder händierend nach ihren künftigen Fachkräften suchen und die Zahl der betrieblichen Ausbildungsangebote wird wieder steigen. Erste Entwicklungen in dieser Richtung sind bereits wieder spürbar. Anstelle praxisferne Ausbildungsstrukturen inflationär auszubauen, müssen vielmehr die Nachfrage von jungen Menschen und die vielen freien Ausbildungsplätze der Wirtschaft besser zusammengebracht werden.

Die duale Ausbildung an den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule muss weiterhin Vorrang haben. Es muss uneingeschränkt die Prämisse gelten: „Kein junger Mensch darf verloren gehen, aber auch kein freier Ausbildungsplatz.“ Für leistungsschwächere Jugendliche sollten die assistierte Ausbildung, Einstiegsqualifizierungen als Brücke zur Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen verstärkt genutzt und beworben werden.

Die Landesregierung muss der betrieblichen Ausbildung Vorrang einräumen, anstatt neue, zusätzliche Bürokratie und finanzielle Belastungen für die Betriebe zu schaffen. Bei Bedarf können die bestehenden Instrumente im Übergangssystem genutzt und weiterentwickelt werden.

Forderungen

- *Keine zusätzliche Bürokratie und finanzielle Belastungen für Betriebe schaffen*
- *Duale Ausbildung hat Vorrang*



7. Überbetriebliche Bildungsstätten sichern

Eine wichtige Säule im dualen Ausbildungssystem und ein wesentlicher Teil der Bildungsinfrastruktur sind leistungsfähige und modern ausgestattete überbetriebliche Berufsbildungsstätten (ÜBA). Gerade kleinere und mittlere Unternehmen sind auf diese Bildungseinrichtungen in besonderem Maße angewiesen, da sie oft nicht das ganze Spektrum eines Berufsbilds abbilden können oder über keine eigenen Lehrwerkstätten verfügen. In Zeiten sich schnell wandelnder Berufsfelder ist es von besonderer Bedeutung, dass diese ÜBAs fortlaufend auf dem neusten Stand der Technik sind. Nur so kann auch die Ausbildungsbereitschaft von KMUs in modernen technischen Berufen aufrechterhalten und die digitale Transformation umgesetzt werden.

Die Landesregierung sollte deshalb bestehende Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene wie z. B. zur digitalen Ausstattung sinnvoll ergänzen und verstetigen. Dabei muss auch die Qualifizierung des Lehrpersonals in den ÜBAs verstärkt in den Blick genommen werden. Mit einer stärkeren öffentlichen Unterstützung dieser Einrichtungen kann auch die Finanzierungsasymmetrie zwischen akademischer und beruflicher Bildung zumindest etwas ausgeglichen werden.

Forderungen

- *Förderprogramme der Landesregierung für ÜBAs z.B. zur digitalen Ausstattung sollten bestehende Förderprogramme sinnvoll ergänzen und verstetigen und auch das Lehrpersonal berücksichtigen*



8. Durchlässigkeit im Bildungssystem stärker bewerben

Das deutsche Bildungssystem bietet vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten, die eigenen Interessen und Bedürfnissen entsprechend genutzt werden können. Innerhalb und zwischen den Angeboten der beruflichen und akademischen Aus- und Weiterbildung stehen viele Bildungswege und Übergänge offen. Allerdings sind diese Optionen, die ein durchlässiges Bildungssystem für flexible Lernwege bietet, oft noch zu wenig bekannt.

Der Karriereweg der höherqualifizierenden Berufsbildung mit ihren attraktiven Abschlüssen muss in die Schulbücher aufgenommen werden und spätestens in den Vorabgangsklassen Thema eines Elternabends und zusätzlich noch einer Elterninformation durch die Schule sein. Die IHKs bieten sich hierfür als externe Partner und Vortragende an, auch z.B. durch Senior-Ausbildungsbotschafter.

Die Landesregierung sollte die Durchlässigkeit im Bildungssystem stärker bewerben und Informationsdefizite abbauen. Dabei müssen besonders die Stärken einer „Karriere mit Lehre“ und die möglichen beruflichen Weiterbildungen mit ihren attraktiven Verdienstmöglichkeiten bereits in der Phase der Berufsorientierung weitaus stärker als bisher aufgezeigt werden. Hierzu kann als Grundlage auch die BWIHK Studie zur Bildungsrendite herangezogen werden.

Forderungen

- *Informationsdefizite zur Durchlässigkeit im Bildungssystem und dessen Stärke durch ein umfassendes nachhaltiges Aktionsprogramm abbauen*



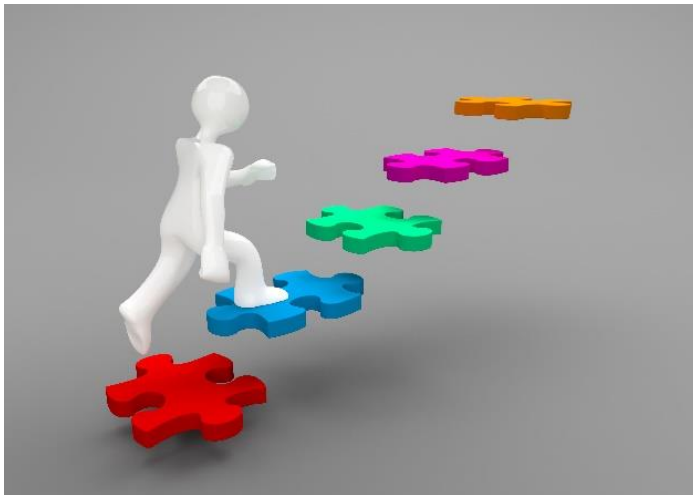
9. Aufstiegsbonus für erfolgreiche Weiterbildungen einführen

Fachkräfte- und Nachwuchssicherung ist eine zentrale Aufgabe der gesamten baden-württembergischen Politik und Wirtschaft. Nicht nur das Handwerk steht hier vor großen Herausforderungen, sondern mindestens ebenso Industrie, Handel und Dienstleistungssektor. Ausgewählte Bildungsabschlüsse einzelner Branchen dürfen nicht durch eine Förderung der öffentlichen Hand begünstigt und damit wettbewerbsverzerrend bevorteilt werden. In Baden-Württemberg gibt es eine aus Landesmitteln bezahlte finanzielle Anerkennung ausschließlich für die Meisterabschlüsse im Handwerk. Für ihren erfolgreichen Abschluss sollten alle Absolventinnen und Absolventen einer höherqualifizierenden Berufsbildung auf Meisterebene einen Bonus erhalten.

Die Landesregierung muss die im Koalitionsvertrag angekündigte Prüfung, die Meisterprämie für das Handwerk zu einem Aufstiegsbonus für alle Abschlüsse weiterzuentwickeln, zügig zu einem positiven Ergebnis bringen.

Forderungen

- *Ausweitung der Meisterprämie auf alle Abschlüsse der Höheren Berufsbildung auf Meisterebene*



10. Transparenz im heterogenen Weiterbildungsmarkt schaffen

Der Weiterbildungsmarkt in Baden-Württemberg ist mit über 1.400 Weiterbildungseinrichtungen und mehr als 40.000 Angeboten komplex und unübersichtlich. Zahlreiche Initiativen - zum Teil mit Bundes- oder Landesförderung - verstärken die Heterogenität zusätzlich. Mit der ressortübergreifenden Weiterbildungsinitiative WEITER.mit.BILDUNG@BW ist ein erster Schritt getan, um zumindest in die mit Landesmitteln geförderten Weiterbildungsprojekte mehr Koordination und damit auch mehr Transparenz zu bringen.

Die Landesregierung sollte dafür Sorge tragen, dass die in diesem Rahmen geplante Koordinierungsstelle zügig ihre Arbeit aufnimmt und sich perspektivisch zu einer zentralen Sammelstelle für alle Weiterbildungsaktivitäten im Land entwickelt.

Forderungen

- *Ressortübergreifende Weiterbildungsinitiative
WEITER.mit.BILDUNG@BW muss
zügig Arbeit aufnehmen und Transparenz im heterogenen Weiterbildungsmarkt schaffen*

